

Facts & Figures:

Steuerausfälle für die Gemeinden und ihre Auswirkungen

Die Steuern der juristischen Personen leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen.

Im Rahmen der Steuerstrategie 2019-2022 beabsichtigt der Kanton Bern die Juristischen Personen steuerlich massiv zu entlasten. Den ersten Schritt dazu macht er mit der Steuergesetzrevision 2019.

Die in der Steuergesetzrevision 2019 beabsichtigte Absenkung des Gewinnsteuersatzes von 21.64 auf 18.71% verursacht enorme Steuerausfälle. Die bernischen Gemeinden verlieren durchschnittlich ca. CHF 53,5 Mio. das sind ca. 19.3% der Steuereinnahmen der juristischen Personen.

Zahlreiche Berner Gemeinden mit einem hohen Anteil an Steuereinnahmen der juristischen Personen werden besonders hart getroffen. Bei der Stadt Biel zum Beispiel liegt der Anteil der juristischen Personen an den Gesamtsteuereinnahmen der periodischen Steuern im Durchschnitt zwischen 25 und 30%. Mit einem Steuerausfall von CHF 6.2 Mio. verliert die Stadt Biel rund 20% der Unternehmenssteuern das sind bereits ca. 5,53% der gesamten Steuereinnahmen (natürliche und juristische Personen) bei den periodischen Steuern.

Zahlreiche weitere Berner Gemeinden sind in vergleichbarem Ausmass von Steuerausfällen betroffen.

Steuerausfälle in dieser Grösse sind nicht verkraftbar. Die durch die Steuergesetzrevision 2019 verursachten Steuerausfälle können nur durch Erhöhung der Steueranlagen, welche vor allem die natürlichen Personen belasten werden und durch einen massiven Abbau bei den öffentlichen Dienstleistungen, der wiederum die natürlichen Personen treffen wird, refinanziert werden.

Die vorgesehene steuerliche Entlastung der Unternehmen geht zu Lasten der natürlichen Personen und zu Lasten der Lebensqualität von allen Berner Bürgerinnen und Bürgern.

Urs Stauffer

Steuerverwalter der Stadt Biel